

Solidarität **extra**

Menschen helfen Menschen

5. Jahrgang Nr. 2

Info des GF-Solidarität e.V.

September 2012

213 Millionen an die HELABA überwiesen. Die GWH langt erneut kräftig zu

Nach den mit hohen Nachforderungen belasteten Betriebskostenabrechnungen 2009 und 2010 sehen die Nachforderungen bei der BKA 2011 nur auf den ersten Blick etwas freundlicher aus. Nachforderungen bis zu 800 Euro und kräftige Mietanpassungen über die Betriebs- und Heizungskosten gehören ebenso zu den Schreckensmeldungen wie das Mieterhöhungsverlangen, mit Erhöhungen bis zu 20 Prozent, ab dem 1. Dezember 2012.

Aber nicht nur die Belastungen für die Mieter steigen. Auch die Gewinne steigen kräftig an. Im Rahmen des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 22.11.2007 wurden an die HELABA, seit Wirksamwerden des Vertrages 2007 insgesamt 213,2 Mio. Euro überwiesen.

Todesstrafe in den USA



Lancelot braucht unsere Hilfe

Auf dem amerikanischen Kontinent sind die USA das einzige Land das seit 2003 noch Menschen hinrichtet. In den USA sind seit 1976 insgesamt 1288 Personen exekutiert worden und 3251 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt (Stand 14. März 2012 - Quelle: Wikipedia).

Allein in Florida warten derzeit 401 Menschen auf ihre Hinrichtung im Todestrakt (Stand 8. Juni 2012 - Quelle: Florida Department of Corrections).

Auch **Lancelot-Armstrong** ist in dieser traurigen Liste zu finden. Er ist ein 49-jähriger Jamaikaner der in die USA immigriert ist. 1990 soll er einen weißen Polizisten erschossen haben. Er selbst bestreitet die Tat! - Die Hauptzeugin, Kai Allen, wurde durch die Untersucher unter Druck gesetzt, zog jedoch später ihre Aussage wieder zurück und entlastete Lancelot Armstrong!

Seitdem sitzt er im Todestrakt in Florida und wartet auf seine Hinrichtung. Dabei kann er jederzeit vom Personal beobachtet werden, selbst bei den intimsten Verrichtungen. Seine Kinder können ihn nicht besuchen, weil das Geld dazu fehlt.

In dieser Situation hat er sich zu einem Künstler entwickelt der kunstvoll gezeichnete Karten macht.

Lancelot sagt über sich selbst: *Meine Interessen sind: Liebe zu den Menschen, egal was gerade passiert. Ich mag nichts unternehmen können, wie freie Menschen, aber ich liebe das menschliche Leben aufgrund meines biblischen Glaubens.*

Für uns kaum vorstellbar, welcher psychischer Folter er im Angesicht des Todes seit über 20 Jahren ausgesetzt ist - Und es findet unsere Bewunderung, wie er die Liebe zu seiner Kunst und den Menschen zu seinem Hauptlebensinhalt gemacht hat.

Helfen sie uns Lancelot zu retten!

Weitere Informationen unter:

www.lancelot-armstrong.de

Kontakt: info@lancelot-armstrong.de

Bundesweiter Aktionstag

UM *fair* TEILEN
**Reichtum
besteuern**

Frankfurt · Samstag 29.9.
12 Uhr · Kaisersack/HBF + Paulsplatz
15 Uhr · Abschluss auf dem Rossmarkt
www.umfairteilen.de

Zum Thema



Kurswechsel geboten

Die bundesweiten Aktionen des Bündnisses umfairteilen am kommenden Wochenende signalisieren den überfälligen Kurswechsel. Auch in Kassel. Mit dem Abgang von Ingo Groß, als Geschäftsführer des Kasseler Mietervereins im DMB ist die Orientierung auf die eigentlichen Aufgaben des Mietervereins und die durch ihn verhinderte Reform notwendig. Zum Nachteil der GWH-Mieter hat er schmählich versagt. Er war nie Impulsgeber, er war der Bremsen.

Dies wird letztlich in seiner Haltung zu den über 600 Heizgutachten deutlich, welche in Kooperation zwischen dem GFS und der co2online GmbH Berlin, den Mietern in die Hand gegeben wurden. Gefördert vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Mieterbund. Letzterer ist als Kontaktadresse in den Gutachten für Hilfe suchende, am Gespräch mit dem Vermieter interessierte Mieter, ausgewiesen. Das Thema blieb für Ingo Groß tabu. „Das sind ja nur die paar Nörgler des GFS.“

Damit befindet er sich in voller Übereinstimmung mit Stefan Bürger, Geschäftsführer der GWH, dem, wie auch der Geschäftsleitung in Frankfurt seit dem 31.01.2012, Fragen zu den BKA 2009 und 2012, sowie den co2 Heizgutachten, bis heute unbeantwortet, vorliegen.

Angesichts der vorliegenden Zahlen waren Gespräche zwischen Mieter und Vermieter, mit der Möglichkeit eines außergerichtlichen Vergleiches nahe liegend. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen verweigert die GWH die Anerkennung dieser co2-Gutachten.

Wie gesagt, ein Kurswechsel bundesweit aber auch in Kassel, ist sowohl beim Kasseler Mieterverein als auch der GWH Holding überfällig. Der GFS wird dabei auch weiterhin solidarisch an der Seite der Mieter stehen.

Karl-Heinz Mruck*

* Vorsitzender & Gründer des GF-*Solidarität* e.V.

Die Zeit für Umverteilung ist reif!

Aktionstag "Umfairteilen" am Samstag in mehr als 40 Städten Reichtumsbericht und zunehmende Altersarmut

Mit einer Aktion vor dem Bundeskanzleramt fordert das Bündnis "Umfairteilen" am heutigen Dienstag eine stärkere Besteuerung großer Vermögen ein. Eigenhändig verteilen die Aktivisten einen privaten Reichtumsberg aus "Goldbarren", "Münzen" und "Geldsäcken" um, zu Gunsten wichtiger gesellschaftlicher Bereiche wie Bildung, Pflege und Energiewende.

Mit der Aktion läutet das breite parteipolitisch unabhängige Bündnis die heiße Phase der Mobilisierung zum bundesweiten Umfairteilen-Aktionstag am Samstag in mehr als 40 Städten ein. Allein zu Demonstrationen in Berlin, Bochum, Frankfurt, Hamburg und Köln erwartet das Bündnis zehntausende Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

"Die zunehmende Ungleichheit zwischen Arm und Reich ist Gift für unsere Demokratie. Mit der Diskussion um Altersarmut und den Armut- und Reichtumsbericht der Regierung haben viele Menschen den Eindruck: Da läuft etwas gewaltig schief im Land. Die Zeit ist reif für echte Umverteilung", sagt Christoph Bautz vom Kampagnen-Netzwerk Campact. Mit dem Aktionstag fordert das Bündnis eine Vermögensabgabe, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und ein konsequentes Vorgehen gegen Steuerflucht ein.

"Die letzten Wochen haben gezeigt: Die Dynamik ist da. Täglich schließen sich mehr Menschen unseren Forderungen an, wie Pilze schießen lokale Umfairteilen-Bündnisse aus dem Boden", stellt Jutta Sundermann vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac fest. "Schon jetzt ist klar: Wir

werden Zehntausende sein am Samstag, wir werden in mehreren Dutzend Städten auf die Straße gehen, und wir werden unüberhörbar überall im Land 'Umfairteilung' einfordern!"

Uwe Hiksich, für die Naturfreunde Deutschlands im Berliner Umfairteilen-Bündnis aktiv, betont, wie dringend Umverteilung auch aus kommunaler Perspektive sei: "Gerade in Berlin, der Stadt mit einem der höchsten Anteile an armen Menschen ist die Forderung nach 'Umfairteilen' zentral, etwa um sozialen Wohnungsbau finanzieren zu können. Durch ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Initiativen und

Gewerkschaften werden wir in Berlin den Druck auf die Politik erhöhen."



Dr. Ulrich Schneider

Dem Bündnis "Umfairteilen – Reichtum besteuern!" gehören auf Bundesebene mehr als 20 Organisationen an: Von Attac, Gewerkschaften und Sozialverbänden über Migrantenverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen

bis zur Initiative Vermögenger für eine Vermögensabgabe. Die Breite spiegelt sich auch in den lokalen Zusammenschlüssen wider, ebenso wie auf den Kundgebungsbühnen am 29. September: Der Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, spricht in Köln und Bochum; Verdi-Chef Frank Bsirske tritt in Frankfurt auf, ebenso die Attac-Aktivistin Jutta Sundermann; Annelie Buntenbach vom DGB-Vorstand spricht in Bochum. Bands und Kabarettisten ergänzen die Kundgebungen um tanzbare Rhythmen und Wortwitz.

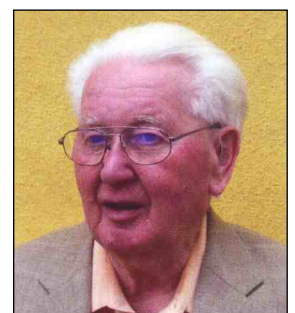
Weitere Informationen:

www.umfairteilen.de

In der nächsten Ausgabe von *Solidarität* – Extra informiert Prof. Friedrich Putz über wichtige Entscheidungen zu Unterkunfts- und Heizkosten bei Hartz IV und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, u.a.:

- Urteil des Sozialgerichts Mainz vom 8. Juni 2012, nach dem auch Unterkunfts-kosten übernommen werden müssen, die viel höher sind als die bisher nach der sozialgerichtlichen Rechtsprechung als angemessen anerkannten.

- Übernahme von Nachzahlungsforderungen des Vermieters für Betriebs- und Heizkosten durch das Jobcenter bzw Sozialamt nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts. - Keine Tilgung von Darlehen für Mietkautionen durch monatliche Aufrechnung (Leistungskürzung).



Prof. Friedrich Putz

Unsere Internetseite öffnet am

3. Oktober 2012

ihre Pforten

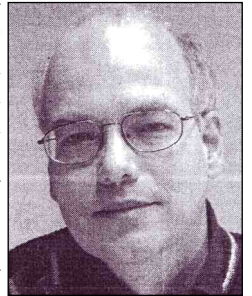
www.gf-solidaritaet.de



Heinrich-Plett-Straße 33



Seit mindestens 2007 gibt es in der Heinrich-Plett-Straße 33 in mehrere Wohnungen Schimmel. In einem Anwaltsschreiben vom Juni 2009 wird von 19 befallenen Wohnungen gesprochen. In einer Gerichtsverhandlung am 21.08.2012 behauptete der GWH Anwalt Rainer Brinkmeier (Foto), wider besseres Wissen, unter Hinweis auf Bilder in Solidarität-aktuell vom August 2011: „Es gab nur geringen Schimmel und wer weiß, wo die Fotos gemacht wurden?“ Gegen den Schimmel wehren sich die Mieter seit Jahren. Die Fotos wurden von einem Mieter des Hauses 33, Mitte August 2011 aufgenommen, per Mail an den GFS gesendet und zwei Tage später veröffentlicht. Der Zustand ist seither unverändert. Die Sanierung des Hauses ist überfällig.



„Da das Vertrauensverhältnis zwischen Mieter und GWH zum Teil spürbar belastet ist, erscheint die Hinzuziehung der mit gleichem Neutralitätsstatus wie das Gesundheitsamt arbeitenden Bauaufsicht im vorliegenden Falle aus unserer Sicht ausgesprochen sinnvoll und Angemessen.“ (Bericht von Dr. Markus Schimmelpfennig, Gesundheitsbehörde, vom 15.04.2011)



Mieterberatung

ROTES HAUS Altenbaunaer Straße 109

Mittwochs von 16 bis 19 Uhr - Anwaltstermine nach Absprache

Die letzte Seite...

Den Mietern im Brückenhof ist das lachen längst vergangen!



Ingo Groß
DMB Geschäftsführer

Die konsequente Verweigerungshaltung des Geschäftsführers der GWH-Holding, Stefan Bürger, ist nicht nachvollziehbar, wurden doch die vorliegenden über 600 Gutachten im Rahmen der vom Bundesumweltministerium geförderten „Heizspiegelkampagne“ der CO² online gemeinnützige GmbH und dem Deutschen Mieterbund (DMB) erstellt, also mit Steuergeld und Mitgliedsbeiträgen. Geht man davon aus, dass die von der GWH vorgelegten Betriebskostenabrechnungen die einzige Grundlage für die Heizgutachten der co2online gGmbH waren, ist die „ordnungsgemäße Erstellung“ der BKA durch die GWH mehr als zweifelhaft und das Schweigen von Ingo Groß unverantwortlich.



Stefan Bürger
GWH Holding

"Es hält sich hartnäckig die Mähr (HNA), dass die Heizung Verursacher der gestiegenen Kosten ist. Das dies nicht stimmt, zeigt auch der GWH Energieausweis“, erklärte Stefan Bürger, Geschäftsführer der GWH Holding Wohnungsgesellschaft m.b.H Hessen, im HNA- Interview am 07.10.2010. Diesen Beweis blieb er aber schuldig. Bei aller Kritik an diesem Papier, die Umsetzung der darin enthaltenen Empfehlungen hätten beachtliche Investitionen in die veraltete Bausubstanz notwendig gemacht. Was bei der seit Jahren anhaltenden guten Gewinnlage problemlos leistbar ist. Die Sanierung des Schimmelhauses Heinrich-Plett-Straße könnte so ein Musterbeispiel der GWH sein...



Christof Nolda
Stadtbaurat

Das an Stadtbaurat Christof Nolda gerichtete Schreiben vom 16.03.2012 zur Schimmelproblematik und der Überprüfung der Bausubstanz wurde sehr spät und wie erwartet, entgegen der Empfehlung der Gesundheitsbehörde im Sinne der GWH, zum Nachteil der Mieter ablehnend beantwortet. Am 28.Februar 2011 hatte der Vorstand des GFS gemeinsam mit betroffenen Mietern der zuständigen Dezernentin Frau Anne Janz eine Liste von 75 von Schimmel befallenen GWH-Wohnungen übergeben. Auf ihre Veranlassung hat das Gesundheitsamt eine Untersuchung durchgeführt. Im vorliegenden Bericht wurde das Tätigwerden der Bauaufsichtsbehörde zur Überprüfung der Bausubstanz empfohlen.

Kasseler Linke fordert: Presseöffentlichkeit in der Stadtverordnetenversammlung herstellen.



Die Kasseler Linke fordert nachdrücklich die Berichterstattung, Foto-, Fernseh- und Internetreportagen aus der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen. Kein Reporter darf derzeit ein Foto im Saal aufnehmen geschweige denn Ausschnitte aus den Debatten aufzuzeichnen. Sie hat deswegen schon Anfang Februar einen einfachen und klaren Vorschlag gemacht: In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten sind Pressevertretern Film- und Tonaufnahmen gestattet. Unabhängige Journalisten sollen das Recht bekommen, Podcasts, Videotubes oder gar Livestreams ins Internet zu stellen. Wo, wann und wie dies geschieht, in einer Zeitung,

im Fernsehen oder im Internet, darüber zu entscheiden sollte allein Sache der Presse sein und keiner Zensur der Stadtverordneten unterliegen.

Impressum:

ViSdP: Karl-Heinz Mruck
Redaktion: Karl-Heinz Mruck
Katja Krustaozova
Yama Khalid
Kai Friedrich
Peter Koch
Layout: Peter Koch
Anschrift: GF-Solidarität e.V.
Brückenhofstr. 84
34132 Kassel
☎: 0561 / 40 68 52 **☎:** 400 94 52
@ : info@gf-solidaritaet.de
Internet: www.gf-solidaritaet.de

Bei bester Gewinnlage verschärft sich der Druck der GWH-Holding auf die Mieter.

Um den Betroffenen auch weiterhin helfen zu können brauchen wir dringend Hilfe

Spendenkonto: GF-Solidarität e.V. - Kasseler Bank - Konto: 3436004 - BLZ: 520 900 00